

„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“

Eine Antwort auf das Manifest "Gerechter Krieg gegen den Terror" von 60 amerikanischen Intellektuellen*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Massenmord durch das terroristische Attentat am 11. September in Ihrem Land und der Krieg der USA in Afghanistan als Reaktion auf diesen Terror betrifft auch Europa, die islamische Welt und unser aller Zukunft. Es ist uns besonders wichtig, dass weltweit unter Intellektuellen der Zivilgesellschaften über die Ursachen und Folgen dieser Ereignisse ein offener und kritischer Dialog zu ihrer Bedeutung und Bewertung stattfindet. Verstehen Sie bitte unsere Antwort auf Ihr Manifest "gerechter Krieg gegen den Terror" als einen Beitrag in diesem Sinne.

Für den entsetzlichen Massenmord am 11. September gibt es keine moralische Rechtfertigung. Darin stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu. Wir teilen auch die von Ihnen zugrunde gelegten moralischen Maßstäbe, dass Menschenwürde, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Religion, unantastbar ist, dass das Streben nach Demokratie ein wichtiges Fundament für den Schutz der Menschenwürde, der individuellen Freiheiten, der Religionsfreiheit und der in der UN-Charta festgelegten Menschenrechte ist.

Doch genau diese moralischen Werte, die für uns universale Gültigkeit haben, veranlassen uns, auch den Krieg, den Ihre Regierung und ihre Verbündeten, uns eingeschlossen, in der Anti-Terror-Allianz in Afghanistan führen und dem bisher über 4000 unbeteiligte Menschen, darunter viele Kinder und Frauen, zum Opfer gefallen sind, mit derselben Schärfe abzulehnen, wie wir den Massenmord an den unbeteiligten Menschen durch den Terroranschlag verurteilen. Es gibt keine universal gültigen Werte, die es erlauben, einen Massenmord mit einem weiteren Massenmord zu rechtfertigen. Der Krieg der so genannten Antiterror-Allianz in Afghanistan ist kein ‚gerechter Krieg‘, - ein unglückseliger historischer Begriff, den wir nicht akzeptieren - er verletzt selbst die von Ihnen angeführte Bedingung "Unschuldige vor sicherem Leid zu bewahren" in krasser Form. Demokratische Staaten verfügen über hinreichend entwickelte rechtsstaatliche Mittel, um Verbrechen innerhalb ihres Einflussbereiches zu bekämpfen und um Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Es gilt diese erprobten Mittel in enger Zusammenarbeit mit anderen Staaten global zu erweitern.

Uns ist es unverständlich, dass Sie in Ihrem Aufruf über den Massenmord an der afghanischen Zivilbevölkerung als Folge des mit den modernsten Waffensystemen geführten Bombenkrieges kein einziges Wort verlieren. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gilt nicht nur für Menschen in den Vereinigten Staaten, sondern auch für Menschen in Afghanistan, ja sogar für die Taliban und die Al Quaida-Gefangenen auf Guantanamo. Sie beschwören in Ihrem Aufruf die Universalität Ihrer moralischen Maßstäbe, machen diese gleichzeitig aber nur für sich geltend. Durch diesen selektiven Gebrauch stellen Sie gerade deren universale Gültigkeit drastisch in Frage und lassen so über die Ernsthaftigkeit des eigenen Bekenntnisses größte Zweifel aufkommen. Wie sollen die aus anderen Kulturkreisen diesen moralischen Maßstäben gegenüber vorgebrachten Zweifel ausgeräumt werden können, wenn ausgerechnet die Eliten US-amerikanischer Zivilisation, die sich als Verfechter und Hüter dieser Werte begreifen, den Glauben an die Universalität dieser Werte in Verruf

bringen?. Müssen nicht andere Nationen und Kulturkreise die Anwendung von zweierlei Maßstäben als Ausdruck einer bis zur Gegenwart andauernden Arroganz und Ignoranz des Westens wahrnehmen?

Auch können wir Ihnen angesichts der erdrückenden Last der historischen Tatsachen nicht folgen, wenn Sie schreiben, Ihr Land habe wohl "zu gewissen Zeiten ... eine fehlgeleitete und ungerechte Politik verfolgt". Die Vereinigten Staaten haben für die Befreiung Europas vom Joch des Nationalsozialismus einen hervorragenden Beitrag geleistet. Als führende Supermacht während der Blockkonfrontation haben sie jedoch auch große Verantwortung für schwer wiegende Fehlentwicklungen in der Welt auf sich geladen. Durch zahlreiche geheimdienstliche bis direkt militärische Interventionen, so z.B. im Iran, Indonesien, Chile, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, im Iran-Irak-Krieg auf der irakischen Seite und an vielen anderen Stellen haben die Vereinigten Staaten Regime unterstützt, die durch Staatsterrorismus und millionenfachen Mord an Oppositionskräften regierten und Demokratisierungsprozesse verhinderten. Nicht selten fielen frei gewählte Regierungen diesen Interventionen zum Opfer.

Viele der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Stellungnahme hatten gehofft, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion würde eine neue Ära der Abrüstung, der Völkerverständigung, des Dialogs der Kulturen und der Hoffnung für Milliarden von durch Hunger und Krankheit Not leidenden und gedemütigten Menschen beginnen. Wir erwarteten und setzten uns dafür ein, dass die westlichen Industriestaaten nach vier Jahrzehnten des Hasses, der gegenseitigen Bedrohung und des Wettrüstens ihre schöpferischen Potentiale in den Dienst der Überwindung von Armut, Umweltzerstörung und der Entfaltung von Demokratie stellten. Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht. Die Vereinigten Staaten konzentrierten vielmehr ihre Phantasie, sowie ihre wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Kapazitäten darauf, ihre Position als die einzig verbliebene Supermacht in der Welt zu festigen und eine unipolare Weltordnung zu etablieren. In ihr versuchen sie, weitgehend in eigener Machtvollkommenheit über das Schicksal von Völkern zu entscheiden. Viele Indizien, wie beispielsweise die systematische Errichtung von amerikanischen Militärbasen auf dem Balkan, im Mittleren Osten und in Zentralasien erhärten diese Einschätzung.

In diesem Sinne erscheinen Analysen plausibel, nach denen die Vereinigten Staaten, entgegen offiziellen Verlautbarungen im Mittleren Osten und in Zentralasien einschließlich Afghanistan, nicht in erster Linie humanitäre Ziele verfolgen, den Terrorismus bekämpfen oder der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln vorbeugen wollen, sondern sich vielmehr von geostrategischen Motiven leiten lassen. Durch ihren Zugriff auf die für die Weltwirtschaft existenziellen Ölquellen dieser Region und auf die Öltransportrouten erhöhen die Vereinigten Staaten tatsächlich in beträchtlichem Ausmaß ihre geostrategischen Optionen, um ihre Hegemonialposition nicht nur gegen die angeschlagene Supermacht Russland und die aufsteigende Regionalmacht China, sondern auch gegen Europa und Japan für die nächsten Jahrzehnte zu festigen.

Trotz der Differenzen über derartige Einschätzungen stimmen wir alle darin weitestgehend überein, dass die Konzentration von ungeheuren Machtpotentialen in einem einzigen Land der Welt und die militärische Fähigkeit, anderen den eigenen Willen aufzwingen zu können, eine wichtige Quelle der Instabilität von grenz- und kulturüberschreitenden Beziehungen ist. Sie ist auch eine Quelle des Ohnmachtsgefühls und der Demütigung vor allem für jene Menschen geworden, die sich als Opfer dieser Machtungleichheit empfinden. Die Anwesenheit von amerikanischen Soldaten in Reichweite islamischer Heiligtümer in Saudi-Arabien z.B., die von vielen Moslems offensichtlich als ein Stachel im eigenen Fleisch und als Angriff auf die eigene Kultur und das Selbstwertgefühl empfunden wird, symbolisiert die als bedrohlich empfundene Machtungleichheit. Die als ungerecht wahrgenommene eigene Unterlegenheit ruft affektive Enthemmungen hervor und mobilisiert ein ungeheures Reaktionspotential bis zur Bereitschaft, auch das eigene Leben durch Selbstmordattentate

zu opfern. Derartige Reaktionen als Folge der Instabilität der Machtbalance in der gegenwärtig unipolaren Weltordnung sind nicht kulturspezifisch. Sie könnten in jedem anderen Teil der Welt und zu jedem anderen Zeitpunkt in neuer Form ausgelöst werden. Ein Krieg der Überlegenen gegen die Selbstmordattentate der Unterlegenen ist ein Anachronismus. Er entfesselt Hemmungen und mobilisiert, wie im Israel-Palästina-Konflikt, noch größere Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen und terroristischen Militäreinsätzen. Die gegenwärtige Weise der Globalisierung, die soziale Ungleichheiten verschärft und kulturelle Differenzierungen zerstört, trägt ihren Teil zu den Instabilitäten und Spannungen bei, die sich in gewaltträchtigen Reaktionen entladen.

Mit Sorge beobachten wir, dass führende Persönlichkeiten aus dem Umfeld Ihres Präsidenten immer offensiver den Europäern totalen Gehorsam gegenüber Amerika abverlangen und erpresserisch jegliche Kritik aus Europa mit Äußerungen wie „Europa braucht Amerika, Amerika braucht aber Europa nicht“ im Keim ersticken wollen. Die „uneingeschränkte Solidarität“ unserer und manch anderer europäischer Regierungen zu den Vereinigten Staaten und ihre Bereitschaft, den Antiterror-Krieg kritiklos mitzutragen, wird hier von vielen Menschen als Entmündigung und Schwäche empfunden. Die politische Klasse in Europa hat offensichtlich nicht begriffen, dass sie mit ihrer Unterwürfigkeit gegenüber der übermächtigen und einzigen Supermacht nicht nur eine perspektivlose Politik macht, sondern auch noch für die Agitation rechtsradikaler Kräfte ein günstiges Klima erzeugt. Zu unserem eigenen Bedauern haben Regierungen der EU-Staaten bisher auch versäumt, eine eigenständige EU-europäische Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik für den Nahen und Mittleren Osten sowie für Zentralasien und für ihre Beziehungen zur islamischen Welt zu entwickeln, die auf Kooperation, auf Unteilbarkeit der Menschenwürde und der Menschenrechte beruht. Ja, es ist sogar zu befürchten, dass sie auf Grund ihrer Konzeptionslosigkeit und trotz ihrer Kritik letztlich auch bereit sein könnten, einen amerikanischen Krieg gegen den Irak moralisch zu legitimieren oder gar aktiv mitzutragen.

Als Besorgnis erregend empfinden viele von uns den wachsenden Einfluss fundamentalistischer Kräfte in den Vereinigten Staaten auf die politische Elite Ihres Landes, der unverkennbar auch vor dem Weißen Haus nicht Halt macht. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, die Stigmatisierung ganzer Staaten samt ihrer Bevölkerungen ist dazu geeignet, rassistischen, nationalistischen und religiösen Fanatismus zu schüren, die Menschen ihrer Fähigkeit zu differenzierter Wahrnehmung der lebendigen Wirklichkeit und der Einsicht zu berauben, dass Andersartigkeit und kulturelle Vielfalt kein Unglück, sondern ein Segen für alle darstellen und dass das Wohlergehen auch der Mächtigsten dieser Erde auf Dauer davon abhängt, dass die Welt als ein Ganzes gesehen wird, dessen Reichtum und Schönheit in den Unterschieden besteht. Fundamentalismus beginnt damit, die eigene Kultur als die einzig wahre, einzig gute und schöne zu erklären. Fundamentalistische Reaktionen auf reale Konflikte unserer Welt verschließen unsere Augen vor zivilen und gewaltfreien Lösungen dieser Konflikte und setzen die Eskalation zwischen Terrorismus und Krieg erst recht in Gang.

Mit Bestürzung haben wir von unseren amerikanischen Freunden und Kolleginnen auch vernommen, dass Gelehrte und Journalisten unter Druck gesetzt und als Verräter denunziert werden, wenn sie den Kriegskurs ihrer Regierung kritisch betrachten oder ablehnen. Sorgen Sie dafür, dass der Meinungspluralismus und die liberale Tradition in Ihrem Land nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung beeinträchtigt werden. Helfen Sie mit, dem Vormarsch des fundamentalistischen Geistes in den Vereinigten Staaten Einhalt zu gebieten. Die amerikanischen Werte, auf die Sie sich mit Stolz beziehen, stehen auf dem Prüfstand.

Zur Bekämpfung der terroristischen Selbstmordattentate gibt es sicherlich verschiedene Wege. Unsere Meinungen gehen darüber auseinander. Wir alle sind jedoch zutiefst davon überzeugt, dass die Achtung der Menschenwürde eine Grundvoraussetzung für alle Lösungswege darstellt. Nur wenn weltweit und bei den ökonomisch und militärisch schwächeren Nationen und Kulturkreisen die Auffassung einkehrt, dass der Westen als der

ökonomisch und militärisch mächtigste Kulturkreis es mit der Universalität der Menschenwürde ernst meint, dass diese nicht eine bloße Floskel ist, von der je nach Bedarf Gebrauch gemacht wird, nur dann erhöht sich die Chance, dass terroristische Selbstmordattentate nicht die beabsichtigte Resonanz erfahren, sondern in allen Ländern auf vehemente Ablehnung stossen. Erst wenn die Schwächeren dieser Welt sich in der Auffassung sicher wissen, dass kein auch noch so mächtiger Staat ihre Würde verletzen, sie demütigen und ihre Lebensbedingungen willkürlich beeinträchtigen wird, erst dann schöpfen diese Menschen Kraft und Bereitschaft, ihre Augen und Herzen für die moralischen Werte anderer Kulturen zu öffnen. Erst dann sind auch die Voraussetzungen dafür gegeben, dass ein echter Dialog zwischen den Kulturen in Gang kommt.

Wir brauchen moralisch begründete, weltweit akzeptable und allseits geachtete gemeinsame Spielregeln im Zusammenleben der Menschen, welche die Kooperation anstelle von Konfrontation in den Vordergrund rücken und den durch die beschleunigte Veränderung der Lebenswelt und die ständig wachsenden Gewaltpotentiale erzeugten Bedrohungsängsten sowie den daraus resultierenden Sicherheitsbedürfnissen der Menschen den Boden entziehen. Damit eröffnen sich Möglichkeiten, die vornehmlich auf wirtschaftliche Belange orientierte Globalisierung gerechter zu gestalten, die weltweite Armut wirksam anzugehen, gemeinsam die globalen Umweltrisiken zu entschärfen, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu meistern und eine Weltkultur zu schaffen, die nicht in einer, sondern in sehr vielen Sprachen reden kann.

Wir rufen Sie auf, über diese und andere Perspektiven für unser aller Zukunft mit uns und mit den Intellektuellen aus anderen Teilen der Welt in einen offenen Dialog einzutreten.

Presserechtlich verantwortlich: Hans Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Heiko Kaufmann, Frank Uhe, c/o IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin

* Die englische Originalfassung wurde im Februar 2002 mit der Überschrift "*What We're Fighting For*" als eine Stellungnahme des *Institute for American Values* veröffentlicht. In den deutschen Medien wurde diese Stellungnahme unter der hier angegebenen Überschrift veröffentlicht.

UnterzeichnerInnen:

Prof. Dr. Hans Ackermann, Marburg - Dr. Stephan Albrecht, Hamburg - Dr. Franz Alt, Baden-Baden - Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin - Carl Amery, München - Prof. Dr. Klaus J. Bade, Osnabrück - Prof. Dr. Hans-Eckehard Bahr, Bochum - Franz J. Bautz, München - Prof. Dr. Jörg Becker, Solingen - Dr. Wolfgang Bender, Kronberg - Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Bremen - Michael Bouteiller, Lübeck - Prof. Dr. Elmar Brähler, Leipzig - Dr. Dieter Bricke, Bergen - Dr. Nikolaus und Nedialka Bubner, Berlin - Annelie Buntenbach, Berlin - Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach - Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Dusslingen - Gerhard Diefenbach, Aachen - Hermann H. Dieter, Trebbin-Blankensee - Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Hamburg - Tankred Dorst, München - Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr, München - Dr. Matthias Engelke, Trier - Prof. Dr. Andreas Flitner, Tübingen - Helmut Frenz, Hamburg - Prof. Dr. Georges Fülgraff, Berlin - Prof. Dr. Bernhard Glaeser, Berlin - Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt - Dr. Franz-Theo Gottwald, München - Jürgen Grässlin, Freiburg - Bernd Hanfeld, Hamburg - Dr. Dirk-Michael Harmsen, Karlsruhe - Prof. Dr. Bodo Hambrecht, Berlin - Prof. Dr. Heinz und Brigitte Häberle, Herrsching - Irmgard Heilberger, Neuburg - Christoph Hein, Berlin - Prof. Dr. Peter Hennicke, Wuppertal - Detlef Hensch, Berlin - Prof. Dr. Wolfgang Hesse, Marburg - Prof. Dr. Helmut Holzapfel, Kassel - Ina Hönninger, Weßling - Prof. Willi

Hoss und Heidemarie Hoss-Rohweder, Stuttgart - Prof. Dr. Ferdinand Hucho, Berlin - Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid, Bremen - Otto Jaeckel, Wiesbaden - Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen - Heiko Kauffmann, Meerbusch - Prof. Dr. Wolfgang Klein, Berlin - Hans Krieger, München - Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff, Berlin - Helmar Krupp, Weingarten - Herbert Leuninger, Hofheim - Frauke Liesenborghs, München - Volker Lindemann, Schleswig - Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Hamburg - Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin - Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrück - Prof. Dr. Ingeborg Maus, Frankfurt - Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Essen - Prof. Dr. Klaus Meschkat, Hannover - PD Dr. Klaus Metz, Berlin - Prof. Dr. Dietmar Mieth, Tübingen - Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg - Gunda Rachert, Osnabrück - Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter - Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Berlin - Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel - Peter Rühmkorf, Hamburg - Dr. Gerd Dieter Schmid, Fischbachau - Horst Schmitthenner, Frankfurt - Prof. Dr. Jürgen Schneider, Göttingen - PD Dr. Schiltenswolf, Heidelberg - Friedrich Schorlemmer, Wittenberg - Prof. Dr. Herbert Schui, Buchholz - Prof. Dr. Randeria Shalini, Berlin - Tilman Spengler, Ambach - Prof. Dr. Dorothee Sölle, Hamburg - Eckart Stevens-Bartol, München - Prof. Dr. Harmen Storck, Hannover - Frank Uhe, Berlin - Peter Vonnahme, Kaufering - Peter Wahl, Bonn - Günter Wallraff, Köln - Dr. Rainer Werning, Frechen - Christa Wichterich, Bonn - Walter Wilken, Hannover - Frieder-Otto Wolf, Berlin - Dr. Herbert Wulf, Pinneberg